Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Einführung	1
Kapitel 1:	
Insolvenzrecht und Unternehmenssanierung in Frankreich	3
A. Die gesetzlichen Grundlagen des geltenden französischen Insolvenzrechts	3
B. Die historische Entwicklung des Unternehmenssanierungsrechts	5
I. Vom Code de commerce (1807) bis zur Insolvenzrechtsreform von 1967	5
1. Der Kaufmannskonkurs	6
2. Die repressive Zielsetzung des Insolvenzverfahrens	7
3. Das Insolvenzverfahren als Kollektivverfahren	8
4. Zusammenfassung	9
II. Das Gesetz Nr. 67 - 563 vom 13. Juli 1967	9
1. Differenzierende Behandlung von Unternehmern und Unternehmen	10
2. Öffnung des Insolvenzverfahrens für Nichtkaufleute	12
3. Die Verfahrenseinbindung der Gläubiger	13
4. Zusammenfassung	13
III. Das Sanierungsverfahren nach der "Ordonnance" vom 23. September 1967	14
1. Vorbeugende Sanierung von Großunternehmen	14
2. Verfahrensablauf	15
3. Das Sanierungsverfahren als Kollektivverfahren	17
4. Zusammenfassung	18

IV. Die Schwachstellen des Insolvenzrechts von 1967	19
1. Die unzureichende Ausrichtung auf die Unternehmenssanierung	19
2. Schwachpunkte in der rechtstechnischen Ausgestaltung der Insolvenzverfahren	20
a) Nach der Begründung des Gesetzesentwurfs von 1983	20
b) Die Auffassung der Literatur	22
c) Die Gesetzesreform von 1984/1985	22
3. Zusammenfassung	23

Kapitel 2:

Unternehmenssanierung zur Vermeidung und zur Bewältigung der Insolvenz

A. Vorbeugende Unternehmenssanierung: Die Insolvenzprophylaxe	25
I. Die vorausschauende Finanzplanung	25
1. Die Planunterlagen	25
2. Die fakultative vorausschauende Finanzplanung	28
II. Das unternehmensinterne Vorwarnverfahren	28
1. Die Eröffnungsgründe	29
2. Die Initiativberechtigten	30
3. Verfahrensablauf	31
a) Das Vorwarnverfahren der Abschlußprüfer	31
b) Das Vorwarnverfahren des Betriebsrats	32
c) Das Vorwarnverfahren der Gesellschafter	33
d) Das Vorwarnverfahren des Präsidenten des Handelsgerichts	33
4. Zusammenfassung	34
III. Das freiwillige Schlichtungsverfahren	34
1. Das Schlichtungsverfahren nach dem Gesetz vom 1. März 1984	34
2. Das besondere Schlichtungsverfahren für landwirtschaftliche Unternehmen	38
IV. Zusammenfassung	39

B. Unternehmenssanierung im Insolvenzverfahren	40
I. Überblick	40
II. Die Zielsetzung des Unternehmenssanierungsverfahrens	41
1. Die Rettung des Unternehmens	42
2. Die Aufrechterhaltung der Geschäftstätigkeit und der Beschäftigung	44
3. Die Bereinigung der Schulden	45
4. Würdigung	45
III. Die Strukturmerkmale des Unternehmenssanierungsverfahrens	46
1. Die zwei Phasen der Unternehmenssanierung	46
2. Der allgemeine und der vereinfachte Verfahrensablauf	47
3. Die Ausrichtung des Verfahrens auf das Insolvenzgericht	48
IV. Zusammenfassung	51

Kapitel 3:

Die Eröffnungsvoraussetzungen des Sanierungsverfahrens	53
A. Die sanierungsfähigen Unternehmensträger	53
I. Kaufleute (commerçants)	53
1. Einzelkaufleute	53
2. Handelsgesellschaften (sociétés commerciales)	54
II. Handwerker (artisans)	56
III. Landwirte (agriculteurs)	56
IV. Juristische Personen des Privatrechts (personnes morales de droit privé)	57
V. Zusammenfassung und Würdigung	57

B. Eröffnungsgründe	58
I. Der gesetzliche Regelfall: Die Zahlungseinstellung des Schuldners	58
1. Die Merkmale der Zahlungseinstellung	59
a) Fällige Verbindlichkeiten	59
b) Verfügbare Vermögenswerte	59
c) Abdecken der Verbindlichkeiten durch die Vermögenswerte	60
2. Die voraussichtliche Zahlungseinstellung des Schuldners?	60
3. Zahlungseinstellung in der Gesellschaftsgruppe	61
a) Das Problem	61
b) Die Tochtergesellschaft als Scheingesellschaft	63
c) Die confusion de patrimoine (Vermögensvermischung)	65
d) Haftung der Mutter als faktische Geschäftsleiterin der Tochter bei deren Zahlungseinstellung	67
e) Die wirtschaftliche Einheit zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft	70
II. Von der Zahlungseinstellung unabhängige besondere Eröffnungsgründe	71
1. Überblick	71
2. Fehlerhafte Erfüllung eines Schlichtungsvertrages	71
III. Zusammenfassung	72
C. Initiativrechte	73
I. Verfahrenseinleitung durch den Schuldner	73
1. Bei Zahlungseinstellung	73
2. Bei fehlerhafter Erfüllung eines Schlichtungsvertrages	74
3. Bei Insolvenzausdehnung in der Gesellschaftsgruppe	75

II. Verfahrenseinleitung durch den Gläubiger	75
1. Bei Zahlungseinstellung	75
2. Bei fehlerhafter Erfüllung eines Schlichtungsvertrages	77
3. Bei Insolvenzausdehnung in der Gesellschaftsgruppe	77
III. Verfahrenseröffnung durch das Gericht von Amts wegen	78
IV. Verfahrenseinleitung durch die Staatsanwaltschaft	79
V. Kein Initiativrecht der betrieblichen Vertretungsorgane der Arbeitnehmerschaft	79
VI. Zusammenfassung	80
D. Die Eröffnungsentscheidung des Insolvenzgerichts	80
I. Die Zuständigkeitsregeln	80
1. Die sachliche Zuständigkeit	80
2. Die örtliche Zuständigkeit	81
3. Zuständigkeit bei Gruppeninsolvenzen	82
a) Grundsatz	82
b) Örtliche Zuständigkeit bei Ausweitung des Sanierungsverfahrens	82
II. Das Eröffnungsurteil	
1. Die Vorbereitung der Entscheidung	83
a) Die Anhörung	83
b) Die Voruntersuchung (enquête préalable)	84
2. Der Inhalt des Eröffnungsurteil	84
a) Feststellung der Insolvenzfähigkeit	84
b) Zeitpunkt der Zahlungseinstellung	85
c) Verfahrenswahl	85
III. Rechtsmittel	85
IV. Die Bestellung der Verfahrensorgane im Eröffnungsurteil	86
1. Der juge commissaire	86
a) Aufgabenfeld	86

b)	Entscheidungsbefugnisse	87
c)	Mitwirkung an der wirtschaftlichen und sozialen Bilanz	87
2.	Der Insolvenzverwalter	88
a)	Geschäftsleitungsaufgaben im Unternehmen	89
b)	Vorbereitung der gerichtlichen Sanierungsentscheidung	90
3.	Der Gläubigervertreter	91
a)	Aufgabenfeld bei der Feststellung der Gläubigerforderungen	91
b)	Erhaltung und Vervollständigung des Schuldnervermögens	92
c)	Einfluß auf den Verfahrensablauf	92
4.	Der Arbeitnehmervertreter	93
V.	Zusammenfassung	94

Kapitel 4:

	Die Beobachtungsphase (la période d'observation)	97
A.	Die Dauer der Beobachtungsphase	98
I.	Das Grundproblem	98
II.	Die Begrenzung auf sechs Monate	99
III.	Die Reduktion der Beobachtungsphase auf Null	99
IV.	Zusammenfassung	101
B.	Die vorläufige Unternehmensfortführung	101
I.	Begrenzung der Geschäftstätigkeit auf Maßnahmen der laufenden Geschäftsführung	102
1.	Maßnahmen der laufenden Geschäftsführung	103
2.	Gesetzlich verbotene Einzelmaßnahmen	103
II.	Die Aufteilung der Geschäftsführungsbefugnisse zwischen Schuldner und Verwalter	105
1.	Kein zwingender Verlust der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis des Schuldners	105

2.	Die gerichtlichen Gestaltungsmöglichkeiten: surveillance, assistance, représentation	106
a)	Geschäftsführung des Schuldners unter Aufsicht des Verwalters	107
b)	Geschäftsführung des Schuldners mit Beistand des Verwalters	107
c)	Geschäftsführung des Verwalters für den Schuldner	108
d)	Kombinationsmöglichkeiten und Gut- gläuberschutz	108
3.	Nur dem Insolvenzverwalter vorbehaltene Geschäfte, insbesondere die Fortführung laufender Verträge	109
III.	Der Fortbestand der Arbeitsverhältnisse	111
IV.	Ausübungsschranken für dingliche Sicherheiten	113
1.	Das System der dinglichen Sicherheiten	113
2.	Das Verbot der individuellen Rechtsverfolgung	113
3.	Die Veräußerungsbefugnis des Verwalters	114
V.	Die Finanzierung der Unternehmensfortführung	115
1.	Erneute Kreditgewährung nach Verfahrenseröffnung	115
2.	Die Rangordnung der Neugläubiger nach Art. 40 Abs. 2	118
3.	Weitere Fremdfinanzierungsmöglichkeiten	119
VI.	Zusammenfassung	120
C.	Der Sanierungsvorschlag des Verwalters	121
I.	Der zeitliche Rahmen	122
II.	Die wirtschaftliche und soziale Bilanz	123
1.	Inhalt der Bilanz	123
2.	Informationsmöglichkeiten des Verwalters	124
3.	Die Grenzen der Aussagekraft der Bilanz	125
III.	Der Entwurf eines Sanierungsplans	126
1.	Der Inhalt jedes Planentwurfs	126
2.	Der Entwurf eines Veräußerungsplans	127
3.	Der Entwurf eines Fortführungsplans	129

IV. Zusammenfassung	131
D. Besonderheiten einer Gesellschaftssanierung	132
I. Die Auswirkung der Verfahrenseröffnung auf die Gesellschaftsstruktur	132
1. Keine Auflösung der Gesellschaft	132
2. Der Zugriff auf die Geschäftsleiter	134
a) Die Ausfallhaftung der Geschäftsleiter nach Art. 180	134
b) Beschränkungen in der weiteren Berufsausübung	135
c) Strafrechtliche Verantwortlichkeit	137
3. Die Einbeziehung der Gesellschafter in das Insolvenzverfahren	137
II. Gesellschaftsrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten zur Förderung einer Fortführungssanierung	139
1. Die Begründung neuer Einlageverpflichtungen	140
a) Der Sanierungsbeitrag der Gesellschafter in Fortführungsfällen	140
aa) Untergrenze sanierender Kapitalmaßnahmen: Die Hälfte des Gesellschaftskapitals	141
bb) Zulässige Kapitalmaßnahmen	142
b) Die Beschlußfassung der Gesellschafter	144
c) Die Aufnahme Dritter in die Gesellschaft	145
aa) Die Übertragung bestehender Mitgliedschaften	145
bb) Die Übernahme von Mitgliedschaften in einer Kapitalerhöhung	146
2. Umstrukturierungsmaßnahmen in der Geschäftsleitung	148
a) Abberufung von Geschäftsleitern und Zwangsveräußerung ihrer Gesellschaftsanteile	148
b) Erforderlichkeit der Maßnahme	150
III. Zusammenfassung	150

E. Die Beobachtungsphase im vereinfachten Verfahren	152
I. Verfahrensablauf	152
II. Die Unternehmensfortführung in Eigenverwaltung	153
III. Die Vorbereitung des Sanierungsplans	154
IV. Gesellschaftssanierungen im vereinfachten Verfahren	156
V. Zusammenfassung	156

Kapitel 5:

Der Sanierungsplan

A. Allgemeine Grundsätze	157
I. Die gestaltenden Funktionen eines Sanierungsplans	157
1. Die Bestimmung des Verfahrensziels	157
2. Der Interessenausgleich unter den Betroffenen	158
3. Die zukünftige Unternehmenstätigkeit	159
II. Der Sanierungsplan als Hoheitsakt	159
III. Zusammenfassung	160
B. Der Fortführungsplan	161
I. Die materiellen Voraussetzungen eines Fortführungsplans	161
II. Die wirtschaftliche Dimension - Umstrukturierung des Unternehmens	162
1. Stilllegung und Hinzuerwerb einzelner Unternehmensbereiche	163
2. Das gerichtliche Veräußerungsverbot für sanierungswesentliche Gegenstände	164
III. Die wirtschaftliche Dimension - Umorganisation des Unternehmensträgers	166
1. Die Durchführung einer in der Beobachtungsphase beschlossenen Kapitalerhöhung	166
2. Änderungen des Gesellschaftsvertrages nach Maßgabe des Plans	167

3.	Eingriffe in die Rechte der Geschäftsleiter	171
IV.	Die soziale Dimension - Kündigung von Arbeitnehmern	171
V.	Die finanzielle Dimension	173
1.	Die gerichtliche Festlegung von gleichen Zahlungsfristen	174
2.	Sonderregeln zur Bezahlung dinglich gesicherter Gläubiger	176
3.	Nicht den Planfristen unterfallende Forderungen	177
VI.	Zusammenfassung	178
C.	Der Veräußerungsplan (plan de cession)	179
I.	Die Übertragung von Unternehmen als eigenständiges Verfahrensziel	179
II.	Die materiellen Voraussetzungen eines Veräußerungsplans	181
1.	Subsidiarität des Veräußerungsplans?	182
2.	Veräußerbare Unternehmenseinheiten	183
a)	Eine Gesamtheit von Aktiva	183
b)	Vollständige und selbständige Betriebseinheiten	184
c)	Sanierung durch Veräußerung	185
3.	Angemessene Befriedigungsquote für Gläubigerforderungen	186
4.	Erwerber muß vom Schuldner unabhängig sein	188
III.	Die gerichtliche Entscheidung	190
1.	Anhörung der Beteiligten	190
2.	Planerlaß und Planinhalt	191
a)	Überblick	191
b)	Die wirtschaftliche Dimension des Veräußerungsplans	192
aa)	Festlegung der zu veräußernden Gesamtheit	192

bb)	Auswahl unter mehreren Erwerbsangeboten	194
cc)	Gerichtlich angeordnete Vertragsübernahme	195
dd)	Anordnung einer location-gérance	196
c)	Die soziale Dimension des Veräußerungsplans	197
d)	Die finanzielle Dimension des Veräußerungsplans	199
aa)	Die Sicherung des Preisanspruchs	200
bb)	Die Verteilung des Veräußerungserlöses unter die Gläubiger	201
cc)	Die Verwertung des Restvermögens	203
dd)	Restschuldbefreiung	206
3.	Rechtsmittel	209
IV.	Zusammenfassung	209
D.	Die Planausführungsphase	211
I.	Die Überwachung der Planausführung durch den commissaire à l'exécution du plan	211
II.	Die spätere Änderung des Sanierungsplans	212
III.	Die Aufhebung des Sanierungsplans	213
1.	Aufhebung eines Fortführungsplans wegen fehlerhafter Planerfüllung des Schuldners	213
2.	Aufhebung eines Veräußerungsplans wegen nicht ordnungsgemäßer Planerfüllung durch den Unternehmenserwerber?	215
3.	Aufhebung eines Veräußerungsplans bei fehlerhafter Vertragserfüllung des Unternehmenspächters	216
IV.	Die Eröffnung eines neuen Insolvenzverfahrens als Sanktion einer nicht ordnungsgemäßen Planerfüllung	216
V.	Zusammenfassung	217
E.	Der Sanierungsplan in der Insolvenzpraxis	218

Kapitel 6:

Anstöße des französischen Unternehmenssanierungsgesetzes für die deutsche Insolvenzrechtsreform

	223
A. Das deutsche Insolvenzrecht im Umbruch	223
I. Zustand und Reformbedürftigkeit des deutschen Insolvenzrechts	223
II. Die bisherigen Schritte zur Verwirklichung der Insolvenzrechtsreform	225
III. Einfluß des französischen Rechts auf die deutsche Reformdiskussion	228
B. Die frühzeitige Verfahrenseröffnung als Voraussetzung erfolgreicher Sanierungen	230
I. Die Unzulänglichkeit der Zahlungsunfähigkeit und der Überschuldung als Eröffnungsgründe	230
1. Die Problempunkte de lege lata	230
a) Die Bewertung der Aktiva in der Überschuldungsbilanz	231
b) Die Überlebensprognose und ihre Berücksichtigung in der Überschuldungsbilanz	232
2. Der zentrale rechtspolitische Kritikpunkt: Die verspätete Verfahrensauslösung	233
II. Die drohende oder bevorstehende Zahlungsunfähigkeit	234
1. Inhalt dieses Eröffnungsgrundes	234
2. Kritische Würdigung	235
III. Konkretisierung und Ausweitung des Überschuldungstatbestandes	237
1. Der Standpunkt der Insolvenzrechtskommission und des Regierungsentwurfs	237
2. Zur Konkretisierung der Überlebensprognose	237
3. Die Überschuldung als Insolvenzgrund für alle Unternehmensträger	238
4. Durchsetzbarkeit der Überschuldungsprüfung in der Praxis	239

IV. Dem französischen Recht entlehnt: Der ungedeckte Liquiditätsbedarf	241
1. Inhalt des Verfahrensauslösers	241
2. Die Vorzüge des Verfahrensauslösers ungedeckter Liquiditätsbedarf	243
a) Frühzeitige Verfahrenseröffnung	243
aa) Legitimation der Verfahrenseröffnung	243
bb) Ungedeckter Liquiditätsbedarf und Unternehmensplanung	244
b) Größere Transparenz der Insolvenzprüfung	244
c) Kontrolle durch den Abschlußprüfer	245
3. Die Grenzen der Leistungsfähigkeit dieses Verfahrensauslösers	245
a) Fehlende obligatorische Abschlußprüfung für alle Handelsgesellschaften	245
b) Kostenintensität der vorausschauenden Rechnungslegung	246
c) Verfahrensauslösung nur beim Schuldnerantrag?	247
d) Antragspflicht des Schuldners?	247
V. Zusammenfassung	248
C. Die Eigenverwaltung des Schuldners in einem künftigen Insolvenzverfahren	249
I. Chancen und Risiken der Eigenverwaltung	249
II. Die Regelungen zur Eigenverwaltung im französischen Unternehmenssanierungsgesetz, im geltenden deutschen Insolvenzrecht und nach den Reformvorschlägen	251
1. Das französische Konzept: Die flexible Eigenverwaltung bei der Fortführungssanierung	251
a) Begrenzung der Eigenverwaltung auf die Fortführungssanierung	251
b) Unterschiede im allgemeinen und im vereinfachten Verfahren	251
c) Aufteilung der Verwalteraufgaben	252

2.	Das deutsche Konzept de lege lata: Eigenverwaltung nur im Vergleichsverfahren	253
3.	Die differenzierende Lösung der Kommission für Insolvenzrecht	254
4.	Die Lösung des Regierungsentwurfs: Eigen- verwaltung mit Zustimmung der Gläubiger	255
a)	Eigenverwaltung unter Aufsicht eines Sachwalters	256
b)	Eigenverwaltung ohne Sachwalter	257
5.	Gemeinsame Standpunkte der Insolvenz- ordnungen	257
a)	Rechtspolitische Motive	257
b)	Gläubigerschutzregeln	258
c)	Zwischenergebnis	260
III.	Eigenverwaltung bei Verfahrenseröffnung wegen eines ungedeckten Liquiditätsbedarfs	261
D.	Fortführungssanierung und übertragende Sanierung	263
I.	Problemstellung	263
II.	Vorrang der Fortführungssanierung vor der über- tragenden Sanierung?	265
1.	Die kontroversen Positionen im Rechtsvergleich	265
a)	Der Vorrang der Fortführungssanierung	265
b)	Die These vom Gleichrang beider Sanierungslösungen	266
c)	Der Vorrang der übertragenden Sanierung?	267
2.	Stellungnahme: Vorrang der Fortführungs- sanierung nur bei ungedecktem Liquiditätsbedarf	267
a)	Unzureichende Begründungsversuche für den Vorrang der Fortführungssanierung	268
b)	Die Gleichrangigkeit aller Sanierungs- formen	271
c)	Ausnahme: Verfahrenseröffnung wegen eines ungedeckten Liquiditätsbedarfs	271

III. Förderung der Fortführungssanierung durch ein besonderes Insolvenzgesellschaftsrecht?	272
1. Eingriffsmöglichkeiten in die Gesellschaftsstruktur nach dem französischen Unternehmenssanierungsgesetz	273
2. Die gesellschaftsrechtlichen Vorschläge der Kommission für Insolvenzrecht	275
3. Stellungnahme	277
IV. Zur übertragenden Sanierung unter Beteiligung von Insidern	279
1. Problemstellung	279
2. Zulässigkeit der übertragenden Sanierung unter Beteiligung der bisherigen Gesellschafter an der Auffanggesellschaft	280
3. Fragen der korrekten Preisgestaltung	280
E. Bestandsschutz der Arbeitsverhältnisse bei Unternehmensübertragung im Insolvenzverfahren	286
I. Problemstellung und Regelung de lege lata	286
II. Zu den Reformvorschlägen der Kommission für Insolvenzrecht und den Lösungsvorschlägen des Regierungsentwurfs	287
III. Aufrechterhaltung des arbeitsrechtlichen Bestandsschutzes im französischen Unternehmenssanierungsverfahren	289
IV. Modifizierung des § 613a BGB nach Maßgabe des Sanierungsplans	292
Literaturverzeichnis	295
Stichwortverzeichnis	315